

Birkenfeld, den 15.12. 2014

Haushaltsrede Dezember 2014

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,
wir bedanken uns bei Herrn Dr. Schneider und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für den vorgelegten Haushaltsentwurf.

Der Kreis Birkenfeld wird 2015 zu den Gewinnern beim rheinland-pfälzischen Finanzausgleich gehören.

Aber auch 2,4 Millionen Neuverschuldung weniger als im letzten Haushalt bedeuten immer noch 2015 eine Neuverschuldung von 7,7 Millionen Euro.

Insgesamt werden an Kassenkrediten 113 Millionen Euro auflaufen.

Das gab es in der Geschichte dieses Landkreises noch nie.

Weder der kommunale Entschuldungsfonds, noch Reformversuche der Kommunalfinanzen haben den Kreisen, Städten und Gemeinden die versprochene nennenswerte Entlastung gebracht.

DIE LINKE fordert weiterhin, dass Kommunen durch eine **Reform der Gemeindefinanzierung** konjunkturunabhängig mit dem notwendigen Geld ausgestattet werden, wie es unsere Landesverfassung vorschreibt.

Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge sind Bestandteil unserer Verfassung und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu finanzieren.

Leider müssen wir erfahren, dass die Konsolidierung des Kreishaushaltes zum Beispiel dadurch erfolgen soll, dass das Programm zur Straßendeckensanierung bei Kreisstraßen komplett gestrichen wird und nun größere Reparaturmaßnahmen vor sich hergeschoben werden.

Dass sich der Kreis an den Planungskosten für eine bessere Anbindung des Idar-Obersteiner Gewerbegebietes „Am Kreuz“ beteiligt unterstützen wir.

Natürlich findet man wieder die obligatorische Erhöhung der **Kreisumlage** im Haushaltsentwurf. Irgendwann ist aber auch dieses Pferd todgeritten. Wir lehnen die zusätzliche Belastung der Kommunen und der Bevölkerung nach wie vor ab.

Nachdem im letzten Jahr zumindest anfangs versucht wurde, ohne eine Erhöhung der Kreisumlage den Haushalt zu verabschieden und sich eine knappe Mehrheit erst später dem Druck der ADD beugte, muss die Kreisumlage für 2015 auf Anordnung der ADD um 1 % erhöht werden.

Damit werden die demokratischen Rechte der gewählten Kreistagsmitglieder erneut beschnitten.

DIE LINKE hat in den letzten Monaten jede Menge **Optimierungsvorschläge für den ÖPNV** im Kreis gemacht, von denen erfreulich viele zum Fahrplanwechsel im Dezember übernommen wurden.

Diese führen in Teilbereichen zu einer deutlichen Verbesserung für die Bevölkerung, können aber das Grund-Problem des ÖPNV in einem Flächenlandkreis nicht lösen.

Auch in Zukunft werden immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die nicht über ein eigenes KFZ verfügen, in ihrem Grundrecht auf Mobilität massiv eingeschränkt.

Insbesondere an Samstagen, Sonn- und Feiertagen, sowie in den Abendstunden und in den Ferien müssen die Taktzeiten weiter verbessert werden. Alternative Formen, wie zum Beispiel Ruf-Busse und das Elektro-Bürgerauto der Verbandsgemeinden Birkenfeld und Herrstein, sind kreisweit auszubauen.

Im Gegensatz zu wohl allen anderen Parteien und Fraktionen halten wir die möglicherweise bevorstehende **Stationierung von rund 7000 US-Soldaten** im Landkreis für einen massiven Rückschlag im Bestreben, den Kreis Birkenfeld lebenswert und zukunftsfähig zu machen.

Negativ wird sich dies unmittelbar auf **Nationalpark**, Tourismus und eventuelle Ansiedlungen von Unternehmen auswirken.

Wer sehen will, wie der völlige Abzug des Militärs die Wirtschaft belebt, Platz für attraktiven Wohnraum schafft und auch die Bevölkerungszahl steigen lässt, der schaue 50 km die Nahe abwärts nach Bad Kreuznach. Dort weint niemand der US-Armee eine Träne nach und auch nicht dem Lärm vom früheren Militärflugplatz Pferdsfeld.

Wir kritisieren, dass im **Regionalen Raumordnungsplan** die Emissionen des Truppenübungsplatzes Baumholder (Schieß- und Fluglärm) mit der Begründung, dazu würden derzeit genauere Daten zu Stärke und räumlicher Verteilung von Lärmbelastungen fehlen, nicht erfasst wurden.

DIE LINKE fordert schon seit geraumer Zeit Lärm-Mess-Stationen für die Einflugschneisen zum Truppenübungsplatz Baumholder.

Negativ wird sich auch die Verspargelung der Landschaft durch Windkraftanlagen auswirken. Diese wären gebündelt auf dem Truppenübungsplatz, oder nach dem Solidar-Modell der VG Rheinböllen konzentriert an einigen wenigen konfliktarmen Standorten besser aufgehoben.

Wir begrüßen die Stellungnahme und Kritik der Gremien im Kreis zum vorgelegten Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe und würden eine Umorientierung zu einer Planungsgemeinschaft, welche die Gegebenheiten und Interessen des ländlichen Raumes mehr und realistischer berücksichtigt, unterstützen.

Um die Attraktivität des Nationalparks zu steigern, fordern wir die Kreisverwaltung Birkenfeld auf, sich bei den umliegenden Landkreisen (St. Wendel, Trier-Saarburg, Rhein-Hunsrück-Kreis) für eine **Reaktivierung der Hunsrückbahn** einzusetzen. Insbesondere die Strecke Hahn - Hermeskeil - Türkismühle wäre hier touristisch interessant.

Während der Kreis Kusel vor wenigen Tagen die Müllgebühren für Privathaushalte um 7 Prozent gesenkt hat will der Kreis Birkenfeld die **Müllgebühren** erhöhen. Dabei sollen nur Privathaushalte zur Kasse gebeten werden während Gewerbebetriebe sich aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit nicht an der Erhöhung beteiligen müssen.

Dies ist unsozial.

Wir wollen **weder für Privathaushalte noch für Gewerbebetriebe eine Gebührenerhöhung** und werden dieser auch nicht zustimmen.

DIE LINKE strebt die **Rekommunalisierung der Müllentsorgung und somit Gebührenerkürzungen** an (nach Vorbild des Rhein-Hunsrück-Kreises, in dem nach der Rekommunalisierung der Müllentsorgung seit Jahren die Beiträge sinken, weil Gewinne an die Bürgerinnen und Bürger weiter gegeben werden).

Nachdem Karin Feulner, Mitglied der LINKEN im Verbandsgemeinderat Herrstein, durch ihre dort eingebrachten Resolution zum Erhalt der Ärztlichen Bereitschaftszentrale in Idar-Oberstein den Anstoß gegeben hatte, konnte durch ein Parteien- und Fraktionen übergreifendes Einsteigen für den Standort Idar-Oberstein noch erreicht werden, dass es spätestens ab April 2015 – wenn auch mit eingeschränkten Öffnungszeiten – wieder eine **ABZ am Klinikum Idar-Oberstein** geben wird.

Von den hinter verschlossenen Türen stattfindenden Verhandlungen zu einem **transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen** (TTIP) zwischen EU und USA sickern immer mehr brisante Inhalte durch.

Die Verhandlungen scheinen auch kommunal relevante Bereiche zu umfassen. Private Unternehmen sollen durch TTIP die Möglichkeit erhalten, sich Zugriff auf die öffentliche Daseinsfürsorge zu verschaffen, z.B. im Bereich der Bildung, der Gesundheitsversorgung, bei sozialen Dienstleistungen, der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Trinkwasserversorgung, bei Abwasser- und Müllentsorgung, beim öffentlichen Nahverkehr und der Kultur.

Internationale Konzerne sollen über sogenannte Schiedsgerichte ein Sonderklagerecht erhalten. Auch Beschlüsse von Kommunen könnten Anlass solcher Klagen sein.

Verhandlungen unter absoluter Geheimhaltung finden nicht unsere Zustimmung.

DIE LINKE hofft, dass von den Vertretern der Kreisverwaltung und vom Kreistag ein klares und öffentliches Signal ausgeht und die ablehnende Position zu TTIP und die Forderungen des gemeinsamen Positionspapiers des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages, des Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen unterstützt wird.

Erfreulich ist, dass gerade noch in allerletzter Minute eine Lösung gefunden wurde, um auch 2015 die Schulsozialarbeit an den kreiseigenen Schulen weiter zu führen.

Die Einsparversuche der Sozialabteilung kritisieren wir.

Dass die Sozialabteilung die bisherige Mitfinanzierung des Streetworkers in Rhaunen eingestellt hat sehen wir als krassen Fehler an, der zu Mehrausgaben an anderer Stelle führen kann.

Auch den Versuch der Sozialabteilung, die Defizite im Sozialhaushalt durch eine andere Berechnungsgrundlage der Kosten der Unterkunft einzudämmen halten wir für falsch. Nach uns vorliegenden Informationen von ALG-II-Leistungsberechtigten werden seit Oktober die Kosten der Unterkunft statt, wie bisher üblich, nach Quadratmeterzahl, nun nach der Anzahl der Personen berechnet.

Die Pauschalierung nach Personen nach SGB II, § 22 halten wir für nicht statthaft und haben Zweifel an der Befolgung der Rechtsordnung und des fachlichen Standards.

Wir fordern die Kreisverwaltung auf, wieder zur alten rechtssicheren Regelung zurückzukehren.

Den Versuch, den Kreishaushalt auf dem Rücken der Schwächsten zu sanieren, lehnen wir entschieden ab!

Das ist für uns auch ein Grund der Fusionierung der Kreis-Volkshochschule und der VHS der Stadt Idar-Oberstein nicht zuzustimmen, weil ALG-II-Bezieher aus Idar-Oberstein höhere Gebühren als bisher zahlen sollen.

Kritisch sehen wir, das Lehr- und Lernmittel für die Schulen größtenteils drastisch gekürzt werden. So erhält etwa das Göttenbach-Gymnasium statt 8370 Euro nur noch 2400 Euro.

Die Situation im Kreis Birkenfeld hat sich zwar vordergründig etwas verbessert. Eine Trendwende ist aber nicht zu erkennen. Innerhalb von 3 Jahren sind die Kassenkredite von 80 auf 113 Millionen Euro gestiegen und werden damit Ende 2015 den höchsten Stand seit Bestehen des Kreises erreicht haben.

Innerhalb von 5 Jahren ist der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um mehr als das Dreifache gestiegen und wird Ende 2015 rund 76 Millionen Euro betragen.

Maßgeblich für unsere **Ablehnung des Kreishaushaltes** sind neben der erneuten Erhöhung der Kreisumlage die bereits erkennbare und von uns schon seit zwei Jahren vorausgesagte Tendenz, notwendige Investitionen zu unterlassen und den Verfall der öffentlichen Infrastruktur in Kauf zu nehmen sowie für die Versäumnisse von Bund und Land die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu bitten.

Tanja Krauth

Fraktionssprecherin DIE LINKE